S 22 R 749/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialversicherungspflicht bzw -freiheit – Mitglied des Vorstands einer rechtsfähigen gemeinnützigen Stiftung bürgerlichen Rechts – Geschäftsführungstätigkeit – Vergütung – Aufwandsentschädigung – abhängige Beschäftigung – selbstständige Tätigkeit – Abgrenzung
Leitsätze	1. Hat ein Vorstandsmitglied einer Stiftung bei seiner geschäftsführenden Tätigkeit die von ihm allein nicht beeinflussbaren Beschlüsse des Vorstands umzusetzen, ist er abhängig beschäftigt, auch wenn ein anderes weisungsberechtigtes Stiftungsorgan nicht existiert. 2. Ein die abhängige Beschäftigung ausschließendes unentgeltliches Ehrenamt liegt nicht vor, wenn eine Vergütung auf der Basis eines Stundensatzes gezahlt wird und deren Umfang nicht evident einer Ehrenamtspauschale gleichkommt.
Normenkette	SGB III § 25 Abs 1 S 1; SGB IV § 7 Abs 1 S 2; SGB V § 5 Abs 1 Nr 1; SGB VI § 1 S 1 Nr 1; SGB XI § 20 Abs 1 S 2 Nr 1; BGB § 26; BGB § 27 Abs 3 F: 2002-01-02; BGB § 27 Abs 3 S 2 F: 2013-03-21; BGB § 28; BGB § 32 Abs 1 S 3; BGB § 80; BGB §§ 80ff; BGB § 86 S 1 F: 2009-09-24; BGB § 665 F: 2002-01-02; BGB § 670 F: 2002-01-02

1. Instanz

Aktenzeichen	S 22 R 749/16
Datum	04.05.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 R 398/17
Datum	27.02.2019

3. Instanz

Datum	23.02.2021

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrheinâ□□Westfalen vom 27.Â Februar 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt auch die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der auÃ□ergerichtlichen Kosten der Beigeladenen.

Der Streitwert wird auf 5000Â Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten (noch) Ã¼ber die Versicherungspflicht des Beigeladenen zuÂ 1. (im Folgenden: Beigeladener) in seiner TÃ¤tigkeit als Vorstandsmitglied der KlÃ¤gerin vom 13.11.2010 bis zum 31.8.2012 in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung sowie vom 1.8.2014 bis zum 31.12.2016 in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (sPV).

Â

2

Die KlÃ¤gerin ist eine rechtsfÃ¤hige gemeinnÃ¼tzige Stiftung bÃ¼rgerlichen Rechts, die der Stiftungsaufsicht nach dem Stiftungsgesetz des Landes Nordrheinâ□□Westfalen unterliegt. Ihre Zwecke erstrecken sich auf die FÃ¶rderung von Wissenschaft und Forschung sowie von sozialen Projekten. Das Stiftungskapital der KlÃ¤gerin besteht aus einem Anteil von 50Â vH am Stammkapital der BÂ GmbH (BÂ GmbH). Einziges Organ der Stiftung ist der aus drei Personen bestehende Vorstand, der sie leitet und verwaltet sowie gerichtlich und auÃ□ergerichtlich durch jeweils zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertritt. FÃ¼r die Beschlussfassung im

Vorstand genÃ¼gt grundsÃ¤tzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Â

3

Der im Juli 1947 geborene Beigeladene war seit dem 12.11.2010 Mitglied des Vorstands. Zu seinen Aufgaben gehÃ¶rte neben der strategischen Ausrichtung der Stiftung insbesondere die ProjektfÃ¶rderung sowie die ertragssichernde Investition des Stiftungskapitals. Er traf sich mit den anderen Vorstandsmitgliedern in der Regel an drei festen Tagen in der Woche und nahm darÃ¼ber hinaus auswÃ¤rtige Termine wahr. Bis zum 31.7.2014 war der Beigeladene auÃerdem BeschÃ¤ftigter der BÂ GmbH. Seit dem 1.9.2012 bezieht er eine Regelaltersrente.

Â

4

Laut Satzung der KlÃ¤gerin *(Â§Â 5 AbsÂ 6 der Satzungen 1999, 2011 und Â§Â 5 AbsÂ 8 der Satzungen 2012, 2013, 2014)* Ã¼bten die Vorstandsmitglieder ihr Amt ehrenamtlich aus; sie hatten insoweit in angemessenem Rahmen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen einschlieÃlich einer â VergÃ¼tungâ ihres Zeitaufwands. Die konkrete HÃ¶he der finanziellen Zuwendungen ergab sich aus der jeweils gÃ¼ltigen GeschÃ¤ftsordnung sowie ergÃ¤nzenden VorstandsbeschlÃ¼ssen. Die pauschale jÃ¤hrliche TÃ¤tigkeitsvergÃ¼tung fÃ¼r den Beigeladenen im Jahr 2011 in HÃ¶he von 20Â 000Â Euro beruhte nach EinschÃ¤tzung des Vorstands auf der Bemessungsgrundlage eines Stundensatzes von 75Â Euro *(NrÂ 8.4 des Protokolls der Vorstandssitzung vom 29.4.2011)*. Die ErhÃ¶hungen in den folgenden Jahren auf bis zu 60Â 000Â Euro im Jahr 2016 wurden mit den gestiegenen ErtragsausschÃ¼ttungen aus der Beteiligung an der BÂ GmbH begrÃ¼ndet. Die zeitnahe Verwendung der Mittel bedinge erheblich hÃ¶here Zeitaufwendungen und Fahrkosten *(VorstandsbeschlÃ¼sse vom 28.6.2013 und 20.5.2015)*.

Â

5

Auf Antrag der KlÃ¤gerin und des Beigeladenen (Mai 2015) stellte die Beklagte im Statusfeststellungsverfahren fest, dass dessen TÃ¤tigkeit als Vorstandsmitglied im Rahmen eines abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses ausgeÃ¼bt werde und seit 13.11.2010 der Versicherungspflicht in den Zweigen der Sozialversicherung unterliege. In der GRV sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung bestehe ab 1.9.2012 Versicherungsfreiheit *(Bescheide vom 14.12.2015)*. Der Widerspruch der KlÃ¤gerin wurde zurÃ¼ckgewiesen *(Widerspruchsbescheid vom 30.5.2016)*. WÃ¤hrend des Klageverfahrens ist Versicherungsfreiheit in der GKV und sPV vom 13.11.2010 bis zum 31.7.2014 *(AbÃ¤nderung vom 4.5.2017)* und seit 1.1.2017

(AbÃ¤nderung vom 18.4.2017) festgestellt worden; entsprechende Teilanerkenntnisse hat die KlÃ¤gerin angenommen.

Â

6

DarÃ¼ber hinaus sind Klage und Berufung erfolglos geblieben *(Urteil des SG KÃ¶ln vom 4.5.2017; Urteil des LSG Nordrheinâ□□Westfalen vom 27.2.2019)*. Nach der Rechtsprechung des BSG *(Urteil vom 16.8.2017 â□□Â* BÂ 12Â KR 14/16Â R*Â â□□* BSGE 124, 37 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 31)* wÃ¼rden TÃ¤tigkeiten, die Ausfluss der organschaftlichen Stellung einer ein Ehrenamt ausÃ¼benden Person und nicht fÃ¼r jedermann frei zugÃ¤nglich seien, regelmÃ¤Ã□ig nicht zu der in Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV umschriebenen persÃ¶nlichen AbhÃ¤ngigkeit fÃ¼hren. Eine bereichsspezifische PrÃ¤zisierung dieser Kriterien fÃ¼hre zur abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigung, weil der Beigeladene als Vorstandsmitglied Ã¼ber die AusÃ¼bung organschaftlicher Funktionen hinaus weisungsgebunden *(*Â§Â 86 SatzÂ 1 *iVm* Â§Â 27 AbsÂ 3 *und* Â§Â 665 BGB*)* Aufgaben der GeschÃ¤ftsfÃ¼hrung wahrgenommen habe. Er habe als einfaches Vorstandsmitglied nicht die Rechtsmacht gehabt, ihm nicht genehme Weisungen des Vorstands jederzeit zu verhindern. Auâerdem sei die TÃ¤tigkeit nicht objektivierbar aus ideellen Interessen und ohne Erwerbsabsicht unentgeltlich ausgeÃ¼bt worden. Die Berechnung und HÃ¶he der VergÃ¼tung auf der Grundlage eines Stundensatzes von 75Â Euro sprÃ¤chen gegen eine unentgeltliche TÃ¤tigkeit. Die finanziellen Zuwendungen Ã¼bertrÃ¤fen alle fÃ¼r eine Parallelwertung in Betracht kommenden Obergrenzen, zB fÃ¼r die Haftungsprivilegierung von Organmitgliedern eines Vereins *(*Â§Â 31a AbsÂ 1 SatzÂ 1 BGB*)*, die Steuerfreiheit von Einnahmen aus ehrenamtlicher TÃ¤tigkeit *(*Â§Â 3 NrÂ 26a *Einkommensteuergesetz)*, die Umsatzsteuerbefreiung *(*Â§Â 4 SatzÂ 3 NrÂ 26 BuchstÂ b *Umsatzsteuergesetz iVm dem Anwendungserlass des Bundesministeriums fÃ¼r Finanzen vom 27.3.2013)*, die EntschÃ¤digungshÃ¶he fÃ¼r Mitglieder von Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung oder die monatliche AufwandsentschÃ¤digung fÃ¼r stellvertretende BÃ¼rgermeister *(Â§Â 3 AbsÂ 1 NrÂ 1 iVm Â§Â 1 AbsÂ 2 NrÂ 1 BuchstÂ a der Verordnung Ã¼ber die EntschÃ¤digung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und AusschÃ¼sse vom 5.5.2014 â□□ Gesetzâ□□ und Verordnungsblatt fÃ¼r das Land Nordrheinâ□□Westfalen SÂ 276 idF vom 20.6.2017 â□□ GV NRW SÂ 649)*.

Â

7

Mit der Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin die Verletzung von Â§Â 7 SGBÂ IV sowie der Â§Â§Â 86, 26 BGB. Weisungsfreie Organmitglieder einer Stiftung kÃ¶nnten nicht abhÃ¤ngig beschÃ¤ftigt sein. Gesetzliche Pflichten eines Organs seien keine Weisungen. Allein die organisatorische Eingliederung reiche zur Annahme von BeschÃ¤ftigung nicht aus, sonst kÃ¶nnten Minderheitsgesellschafter-GeschÃ¤ftsfÃ¼hrer mit SperrminoritÃ¤t niemals selbststÃ¤ndig sein. UnabhÃ¤ngig

davon, dass der Beigeladene nicht in der Lage gewesen sei, die Geschicke der Stiftung gegen den Willen der beiden anderen Vorstandsmitglieder zu lenken, hÃ¤tten die Vorstandskollegen kein Recht gehabt, ihm Weisungen zu erteilen. Die Regelungen zum Vorstand eines Vereins, der in Fragen der GeschÃ¤ftsfÃ¼hrung den Weisungen der Mitgliederversammlung unterworfen sei *(*Â§Â 27 AbsÂ 3 *iVm* Â§Â 665 BGB*)*, seien hier nicht anwendbar, da es weder eine Mitgliederversammlung noch ein anderes weisungsberechtigtes oder kontrollierendes Organ (zB Stiftungsrat) gebe. Aus den Satzungsregelungen zu den Aufgaben und der Vertretungsbefugnis des Vorstands sowie zur Abberufung eines Vorstandsmitglieds aus wichtigem Grund ergebe sich auch keine Weisungsgebundenheit. Die GeschÃ¤ftsordnung enthalte nur ModalitÃ¤ten zur VergÃ¼tung. Ein Dienstvertrag sei nie geschlossen worden. Fehle es â□□Â wie hierÂ â□□ vollkommen an einer Weisungsgebundenheit, kÃ¶nne diese auch nicht verfeinert sein.

Â

8

Die KlÃ¤gerin beantragt,
die Urteile des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 27.Â Februar 2019 und des Sozialgerichts KÃ¶ln vom 4.Â Mai 2017 sowie den Bescheid der Beklagten vom 14.Â Dezember 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.Â Mai 2016 und der Bescheide vom 18.Â April 2017 und 4.Â Mai 2017 aufzuheben und festzustellen, dass der Beigeladene zuÂ 1. in seiner TÃ¤tigkeit als Vorstandsmitglied der KlÃ¤gerin vom 13.Â November 2010 bis zum 31.Â August 2012 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung sowie vom 1.Â August 2014 bis zum 31.Â Dezember 2016 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung unterlag.

Â

9

Die Beklagte beantragt,
die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

Â

10

Sie hÃ¤lt die angefochtene Entscheidung fÃ¼r zutreffend. Die GrundsÃ¤tze aus der Entscheidung des BSG vom 16.8.2017 *(*BÂ 12Â KR 14/16Â R *â□□Â* BSGE 124, 37 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 31)* zu organschaftlichen TÃ¤tigkeiten der funktionalen Selbstverwaltung seien auf EhrenÃ¤mter bei privatrechtlichen juristischen Personen nicht Ã¼bertragbar, weil es insoweit an vergleichbaren speziellen gesetzlichen Rahmenbedingungen fehle.

Â

11

Die Beigeladenen stellen keinen Antrag.

Â

II

Â

12

Die zulÃ¤ssige Revision ist nicht begrÃ¼ndet *(*Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG*)*. Das LSG hat die Berufung gegen das klageabweisende Urteil des SG zu Recht zurÃ¼ckgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 14.12.2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.5.2016 und der Bescheide vom 18.4.2017 sowie 4.5.2017 ist rechtmÃ¤Ãig und verletzt die KlÃ¤gerin nicht in ihren Rechten. Der Beigeladene war im streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum in seiner TÃ¤tigkeit als einfaches Vorstandsmitglied der KlÃ¤gerin abhÃ¤ngig zu Erwerbszwecken beschÃ¤ftigt *(dazuÂ A.)*. Er unterlag deshalb vom 13.11.2010 bis zum 31.8.2012 der Versicherungspflicht in der GRV und nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung sowie vom 1.8.2014 bis zum 31.12.2016 der Versicherungspflicht in der GKV und sPV *(dazuÂ B.)*.

Â

13

A.Â 1.Â BeschÃ¤ftigung ist gemÃ¤Ã Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV die nichtselbststÃ¤ndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhÃ¤ltnis *(SatzÂ 1)*. Anhaltspunkte fÃ¼r eine BeschÃ¤ftigung sind eine TÃ¤tigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers *(SatzÂ 2)*. Nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persÃ¶nlich abhÃ¤ngig ist. Bei einer BeschÃ¤ftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschÃ¤ftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der AusfÃ¼hrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â€Â vornehmlich bei Diensten hÃ¶herer ArtÂ â€ eingeschrÃ¤nkt und zur â€funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ€ verfeinert sein. DemgegenÃ¼ber ist eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÃ¤tte, die VerfÃ¼gungsmÃ¶glichkeit Ã¼ber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÃ¤tigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschÃ¤ftigt oder selbststÃ¤ndig tÃ¤tig ist, richtet sich danach, welche UmstÃ¤nde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prÃ¤gen und hÃ¤ngt davon ab, welche Merkmale Ã¼berwiegen. Die Zuordnung einer TÃ¤tigkeit

nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschÃ¤ftigung oder selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstÃ¤nde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei, gegeneinander abgewogen werden.

Â

14

Bei der Statusbeurteilung ist regelmÃ¤Ãig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prÃ¼fen, ob mÃ¼ndliche oder konkludente Ãnderungen erfolgt sind. SchlieÃlich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prÃ¼fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen Ã¼ber den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des RechtsverhÃ¤ltnisses zum Typus der BeschÃ¤ftigung oder selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit vorzunehmen und in einem weiteren Schritt zu prÃ¼fen, ob besondere UmstÃ¤nde vorliegen, die eine hiervon abweichende Beurteilung notwendig machen *(stRspr; vgl zum Ganzen BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGE 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 13Â f mwN)*.

Â

15

2.Â Diese AbgrenzungsmaÃstÃ¤be gelten grundsÃ¤tzlich auch fÃ¼r TÃ¤tigkeiten, die mit der Organstellung innerhalb einer juristischen Person verbunden sind; auch Vorstandsmitglieder kÃ¶nnen abhÃ¤ngig BeschÃ¤ftigte sein *(vgl zB BSG Urteil vom 22.8.1973 â□□Â 12Â RK 27/72Â â□□ juris ; BSG Urteil vom 30.11.1978 â□□Â 12Â RK 33/76Â â□□ BSGE 47, 201 =Â SozR 2200 Â§Â 165 NrÂ 32 ; BSG Urteil vom 15.12.1983 â□□Â 12Â RK 57/82Â â□□ SozR 2200 Â§Â 165 NrÂ 73 sowie BSG Urteil vom 19.6.2001 â□□Â BÂ 12Â KR 44/00Â RÂ â□□ SozR 3â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 18 ; BSG Urteil vom 12.1.2011 â□□Â BÂ 12Â KR 17/09Â RÂ â□□ BSGE 107, 185 =Â SozR 4â□□2600 Â§Â 1 NrÂ 6*